

97. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
16. Februar 2011

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof -
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3297**

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Niedersächsische Staatsgerichtshof ist das Verfassungsgericht dieses Landes, also das höchste Gericht in Niedersachsen. Wir haben es schon gehört: Es ist mit neun Personen besetzt, davon bisher mindestens drei Frauen. Gewählt werden die Mitglieder des Staatsgerichtshof von einem extra dafür bestehenden Ausschuss des Landtages.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht zwei Änderungen vor: Mindestens vier - statt bisher drei - der neun Mitglieder des Staatsgerichtshofs sollen Frauen sein. Vor der Wahl der Mitglieder soll eine öffentliche Anhörung zur fachlichen Kompetenz, zum beruflichen Lebenslauf und zur juristischen Qualifikation der Kandidierenden im Ausschuss stattfinden, also nicht hinter verschlossenen Türen, so wie es jetzt der Fall ist, sondern unter den Augen der Öffentlichkeit. Gegebenenfalls soll eine zusätzliche, nicht öffentliche Anhörung stattfinden, wenn dass die Ausschussmitglieder wünschen.

Ich wende mich jetzt ausdrücklich an die FDP-Fraktion. Wir haben heute von Herrn Dürr schon ein Loblied auf die Transparenz gehört, und auch Herr Bode hat hier heute schon für Transparenz plädiert. Da müssten Sie doch diesen Vorschlag der Grünen für ein bisschen mehr Transparenz bei den Staatsgerichtshofwahlen ausdrücklich begrüßen.

Liebe Grüne, ein Problem löst allerdings auch Ihr Vorschlag leider nicht: die inoffiziellen Absprachen zur Besetzung zwischen einigen, aber nicht allen Landtagsfraktionen - nachzulesen z. B. in der HAZ und hier eben auch von Herrn Dr. Biester dargestellt -, wie sie so ähnlich z. B. auf Bundesebene für das Bundesverfassungsgericht stattfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ein solches Verfahren hinter verschlossenen Türen ist nun wirklich nicht besser als eine öffentliche Debatte darüber, wer in dieses Richteramt gehört.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Biester, ich finde, Sie haben sich in Ihren Ausführungen ein bisschen widersprochen. Auf der einen Seite haben Sie gesagt, das Ganze findet abseits von parteipolitischen Erwägungen statt, auf der anderen Seite haben Sie ausführlich dargestellt, dass das Ganze nicht öffentlich beschlossen und zwischen der größten Regierungsfraktion und der größten Oppositionsfraktion besprochen wird und dass die Grünen so lange nicht beteiligt würden, wie sie nicht selber an der Regierung oder größte Oppositionsfraktion sind. Also finden sehr wohl parteipolitische Erwägungen statt, und sie finden sich in diesem Verfahren auch wieder.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Helge Stefan Limburg [GRÜNE] - Hans-Henning Adler [LINKE]: Erwischt!)

Auch über dieses Verfahren wäre also noch zu reden.

Ich komme zur Frauenquote, über die wir heute bereits eine ausführliche Debatte hatten. Deswegen will ich an dieser Stelle nur ergänzen:

Juristische Urteilsfindung folgt zwar meistens - hoffentlich jedenfalls - logischen Grundsätzen, ist aber kein mathematischer Prozess, sondern erfordert viele Bewertungen und Abwägungen, die unvermeidlich auch vom persönlichen Hintergrund geprägt sind. Deshalb ist es nicht nur sinnvoll, sondern aus Gründen der Ausgewogenheit der Urteilsfindung nahezu zwingend, für ein Gremium wie den Staatsgerichtshof eine vielfältige Zusammensetzung zu wählen, die die Bevölkerung abbildet. Weil nun einmal mehr als die Hälfte der Menschen in Niedersachsen Frauen sind, ist die Erhöhung der Frauenquote auf mindestens vier der neun Mitglieder des Staatsgerichtshofes absolut richtig. Damit wären Frauen zwar immer noch unterrepräsentiert, aber es wäre zumindest ein Fortschritt.

Wir stimmen deshalb den beiden Punkten des Gesetzentwurfs im Grundsatz zu. Vielleicht ergeben sich in der Ausschussberatung noch weitere Argumente, die den Entwurf verbessern und abrunden können.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)